



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2014/00354**
Datum: 11.11.2014
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	11.11.2014	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	26.11.2014	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe
Zukunft – Gestaltungsbeschluss (VI/2014/00022)

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um Beschlusspunkte 2 und 3 ergänzt:

1. Die Vorzugsvariante der Vorplanung zum Ausbau der Dessauer Straße und Neubau Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft wird als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.
2. **In der weiteren Planung wird eine Verlängerung des Straßenbahnliniennetzes bis Höhe neuer Haupteingang der Justizvollzugsanstalt Dessauer Straße (ca. Höhe Zöberitzer Straße) geprüft. Hierzu werden Verhandlungen mit dem Land aufgenommen, inwieweit eine finanzielle Beteiligung an der Zufahrt zur Justizvollzugsanstalt übernommen wird. Es wird geprüft, die Endstelle der Straßenbahnlinie 1 der HAVAG auf die Höhe Zöberitzer Straße zu verlagern.**
3. **Wenn Beschlusspunkt 2 nicht realisierbar sein sollte, werden in der weiteren Planung nachstehende Aspekte berücksichtigt:**
 - **Erhalt des Platzcharakters an der Endstelle der Linie 1 (mehr Raum für Fußwege , Freifläche für Bänke und Gastronomie)**
 - **Schaffung einer durchgehenden Fußwegebeziehung bis zum Eingang der Schulgebäude**
 - **Verlagerung der Fahrradabstellanlage Richtung Schulgebäude**
 - **Sicherung einer baumschonenden Platzgestaltung mit Bezug auf Baumgutachten, wenn Fällungen vorgeschlagen werden**

gez. Tom Wolter
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Grundsätzlich wird dem Gestaltungsvorschlag zugestimmt. Für die Gestaltung der Endstelle der Straßenbahnlinie 1 sind jedoch Wege- und Platzbeziehungen noch unzureichend konzipiert. Um hierfür mehr Platz zu gewinnen, wird vorgeschlagen, die Endhaltestelle Richtung Dessauer Straße/Zöberitzer Straße zu verlagern. Bei den Planungen der Erweiterung der Justizvollzugsanstalt war ein Argument der Begründung, dass Gebäude erforderlich seien, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln für Betroffene, Angehörige und Besucher erreichbar sein sollen. Es soll eine neue Zufahrt über die Dessauer Straße von Norden her geschaffen werden. So ist es nur folgerichtig, die Straßenbahnlinie entsprechend zu verlängern. Für eine Endhaltestelle müsste geprüft werden, wem die Flächen auf der Ostseite der Dessauer Straße, angrenzend an der Zöberitzer Straße gehören und ggf. neue Planungen vornehmen. Damit wäre auch das derzeitige Raum- und Baumproblem gelöst, welches an der alten Wendeschleife bestehen würde, folgt man den aktuellen Planungen unverändert. Aus diesem Grund soll eine Prüfung des Ansatzes durchgeführt werden und ggf. Verhandlungen mit dem relevanten Ministerium aufgenommen werden, noch dazu ist ein Straßenausbau sowieso vorgesehen.

Sofern dieser Vorschlag als unrealisierbar bewertet werden muss, soll bei der künftigen Planung der Endhaltestelle geprüft werden, inwiefern die Fußgängerwegebeziehungen geändert und die Fahrradabstellanlage neu platziert werden kann, um die Großbäume und den Platzcharakter zu erhalten. In unmittelbarer Nähe befinden sich zwei Schulgebäude, deren Schulweg derzeit kaum Berücksichtigung findet. Auch der Radbeauftragte der Stadt Halle weist darauf hin, dass Verbesserungen an der fußläufigen Verbindung zwischen Bahnsteig und Schule erfolgen müssen. Die Fahrradabstellanlage wird eher Richtung Schule benötigt (auch darauf wird schon hingewiesen, dass der geplante Standort ungünstig ist) und verstellt in dem vorliegenden Entwurf den Platzcharakter, der stattdessen auch bürgernah zum Verweilen gestaltet werden könnte. Zudem schließt der Ausbau der Straße Frohe Zukunft direkt an das Vordach des denkmalgeschützten Gebäudes an (aktuelle Unterstellmöglichkeit an der Endhaltestelle), sodass die Frage entsteht, was passiert, wenn größere LKWs dort entlangfahren. Und zuletzt wäre zu prüfen, ob tatsächlich alle Großbäume beseitigt werden müssen oder ob der Behindertenparkplatz statt mitten auf dem Platz auch anderweitig eingerichtet werden kann.